

# OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © epd bild/Neetz

*Gäste aus nichtchristlichen Religionen auf der siebten Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in der australischen Hauptstadt Canberra.*

## OeRK: Globales Symposium für interreligiösen Dialog

Der interreligiöse Dialog soll für den Weltrat der Kirchen Priorität gewinnen. Dafür plädiert der neue Generalsekretär des OeRK, Sam Kobia. „Ich meine, dass der Weltrat den besten Ort darstellt als Plattform für den globalen Dialog der unterschiedlichen Religionen“ erklärte Kobia in seinem ersten Interview als Generalsekretär mit ENI seit der Stabübernahme von Konrad Raiser. Kobia ist Pfarrer der methodistischen Kirche von Kenia. „Ich bin überzeugt, dass es keine

andere Organisation gibt, die diesen Auftrag besser wahrnehmen kann oder über die nötige Kapazität verfügt, um diesen Dialog zu befördern. Deshalb möchte ich in Richtung auf ein globales Symposium für interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit hin wirken“, sagte Kobia. „Religion spielt eine zunehmend wichtige Rolle bei der Suche nach Identität für viele Menschen.“

Kobia bezog sich auch den auf historischen Besuch des iranischen Präsidenten Khatami beim OeRK im Dezember 2003, der deutlich für interreligiösen Dialog als Alternative zum religiösen Fundamentalis-

## AUS DEM INHALT

**Kanada und USA:**  
Kirchen erhöhen Engagement für gerechten Welthandel

**Dänische Pfarrer bilden Muslime**  
in Seelsorge aus

**Ausbildung für islamischen**  
Religionsunterricht

**Europäische Oekumenische**  
Versammlung:  
Drittes Treffen geplant

**Apartheid: Entschädigung**  
von allen Profiteuren gefordert

**US-Kirchenrat: Kampagne**  
zur Wahlregistrierung

**Afrika: Kirchen wollen**  
christliche Bank

**Globalisierung:**  
Sexhandel begünstigt

## Aus Netzen und Gruppen

**Westfalen: Frauenkritik an**  
wirtschaftlicher Globalisierung

**Berlin und Brandenburg:**  
Nacht der Offenen Kirchen

**Mittelrhein: Nachhaltigkeit**

**Aktionsgemeinschaft Solidarische**  
Welt: Frauen verändern ihre Welt

**Friedensbewegung:**  
Für eine zivile Verfassung Europas

**EU-Verfassungsentwurf:**  
Was steht drin?

**Kairos Europa: „Wirtschaft(en)**  
im Dienst des Lebens“

**Oekumenische Initiative Eine Welt:**  
Auf dem Weg zu nachhaltigen  
Lebens- und Wirtschaftsweisen

**Regionalwährung ergänzt Euro**

## HERAUSGEBERKREIS:

- Stiftung Oekumene, Redaktionsadresse: Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart  
Internet: www.ecunet.de in Verbindung mit
- Aktion Bundesschluss, c/o Karin Saarmann Christophstr. 35, 70180 Stuttgart
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden Blücherstr. 14, 53115 Bonn
- Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung, c/o Prof. Dr. Geitmann, Martin-Bucer-Str. 6 77694 Kehl
- Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9-11 60385 Frankfurt/Main
- Christliche Friedenskonferenz, c/o Dr. Ernst Uhl Landrat-Berthold-Str. 15, 28779 Bremen
- Oikocredit – DACHS e.V. Deutsche Förderkreise der Oekumenischen Entwicklungsgenossenschaft, Ebertplatz 12, 50668 Köln
- Eirene, Engerser Str. 74b, 56564 Neuwied
- Ev. Studentinnengemeinde (ESG), Berliner Str. 69, 13189 Berlin
- Initiative Kirche von unten (IKvu) Heerstr. 205, 53111 Bonn
- Ohne Rüstung leben (ORL), Arndtstr. 31 70197 Stuttgart
- Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel
- Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8 32423 Minden sowie per Adresse
- Laurentiuskonvent, 34474 Diemelstadt:
- Christliche Aktion Mensch-Umwelt
- Ökumenische Initiative EINE WELT (ÖIEW)
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft

mus warb und darin eine Grundlage für internationalen Frieden und Sicherheit erkannte. Der OeRK-Generalsekretär sieht umgekehrt im religiösen Fundamentalismus eine Ursache für Konflikt und Gewalt. Fundamentalismus existiere nicht nur im Islam, sondern ebenso im Christentum, im Buddhismus, oder im Hinduismus, wie sich gegenwärtig in Indien zeige.

### **Finnland: Neues inter-religiöses Forum in Finnland**

In Finnland haben Vertretungen von Juden, Christen und Muslimen ein neues Forum geschaffen, um sowohl national wie lokal die Zusammenarbeit zu stärken. Finnland, das ein überwiegend lutherisch geprägter Teil Skandinaviens ist, erlebte in den letzten Jahren eine beachtliche Veränderung hin zu mehr religiöser und ethnischer Vielfalt. Seit der finnische Staatspräsident Tarja Halonen im Gefolge des 11. September zu Gesprächsrunden der verschiedenen Religionsführer aufrief, war die Gründung dieses Forums das Ergebnis des 5. Zusammentreffens dieser Art. In Finnland leben etwa 20 000 Muslime und 1500 Juden.

### **Dänemark: Pfarrer bilden Muslime in Seelsorge aus**

Ein interreligiöses Zentrum in Dänemark hat eine neue Form der interreligiösen Zusammenarbeit entwickelt, bei der christliche Pfarrer eine Gruppe muslimischer Freiwilliger, darunter auch Imame, in Krankenhausseelsorge ausbildet. „Für Muslime im Krankenhaus ist es befremdlich, mit einem christlichen Geistlichen über die Bedeutung des eigenen Lebens und des Todes zu reden“, sagte der Krankenhauspfarrer Tom Andersen Kjaer dem Kristeligt Dagblad. Diese Erfahrung in seiner täglichen Praxis gab den Anstoß zur Initiative einer Seelsorgeausbildung für Muslime. „Normalerweise fängt Muslime in Krisensituationen das familiäre Netz auf. Das religiöse Netz spielt dabei weniger eine Rolle“, meinte Lissie Rasmussen vom Islamisch-Christlichen Studienzentrum in Kopenhagen. „Aber viele muslimische Flüchtlinge leben hier ohne Familie. Darum ist das Freiwilligennetzwerk so wichtig.“

Eine Gruppe von vier Imamen und sechs muslimischen Laien besucht bereits regelmäßig Patienten in verschiedenen Krankenhäusern. Dazu benötigen sie Qualifizierungen etwa auch in Fragen von Psychologie und Seelenheilkunde, die sie nun von christlichen Geistlichen erhalten. In Dänemark leben etwa 170 000 Muslime bei einer Gesamtbevölkerung von 5,4 Millionen.

### **Deutschland: Ausbildung für islamischen Religionsunterricht**

Lehrer(innen) für islamischen und für orthodoxen Religionsunterricht an deutschen Schulen und in deutscher Sprache werden seit diesem Jahr an der Westfälischen Wilhelms-Universität ausgebildet. Dazu wurde das „Centrum für Religiöse Studien“ (CRS) im Dezember 2003 an der Universität Münster eröffnet.

Mit seiner Arbeit begonnen hatte das CRS bereits im Mai 2002, schon wenige Monate später fand das erste Kolloquium über den Islamunterricht in Deutschland statt. Ein Beirat aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und anderen Persönlichkeiten, die in der interreligiösen und interkulturellen Forschung und Praxis tätig sind, unterstützt mit außeruniversitärem Sachverstand die Erfüllung der Forschungs- und Ausbildungsziele.

Das auf der Basis einer Zielvereinbarung zwischen dem Land NRW und der Universität Münster eingerichtete Centrum schafft den Rahmen für religiöse Studien nicht nur im Bereich Islam, sondern auch für Orthodoxes Christentum und Judentum. Insbesondere werden zwei Lehramtsstudiengänge für die Erteilung Orthodoxer und islamischer Religionslehre an öffentlichen Schulen entwickelt und betreut. Voraussichtlich können beide Studiengänge im Laufe dieses Jahres gestartet werden, nachdem die beiden entsprechenden Professuren besetzt sind.

Bei der feierlichen Eröffnung der CRS ging der Prorektor der Westfälischen Wilhelms-Universität, Prof. Dr. Ulrich Pfister, auch auf eine aktuelle Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zum Islamunterricht ein, wonach „islamische Dachverbände keinen Anspruch darauf haben, dass das Land NRW islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen des Landes einführt“. Prorektor Prof. Pfister stellte fest: „Jenseits aller anhängigen Rechtsfragen sieht es die Universität Münster als eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe an, die inhaltlichen und personellen Voraussetzungen für die Ausbildung von islamischen Religionslehrerinnen und Religionslehrern an staatlichen Schulen zu schaffen.“

Auch die Vertreterin des nordrhein-westfälischen Schulministeriums bewertete in ihrem Grußwort die wissenschaftliche Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Universität Münster als ein Kernstück richtig verstandener Integration und Akzeptanz und den Unterricht in diesem Fach als unverzichtbaren Bildungsauftrag von Politik und Schule. Auch für das Schulfach „Praktische Philosophie“ könne das neue Centrum in Münster einen wichtigen Beitrag leisten.

Prof. Dr. Thomas Bauer, Gründungsdirektor des CRS, wies auf die Bedeutung des bereits eingerichteten Beirats hin, der den Austausch von und mit Vertretern orthodoxer, islamischer, jüdischer und christlicher

Gemeinschaften fördern und damit ein „dringend benötigtes Forum für interreligiösen Austausch“ bilden soll. Ziel sei es darüber hinaus, weitere Religionen wie zum Beispiel Hinduismus und Buddhismus in Forschung und Lehre einzubeziehen. Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel von der Universität Tübingen hielt den Festvortrag über das Thema „Kinder Abrahams. Zur Notwendigkeit eines Miteinanders von Juden, Christen und Muslimen“.

### **USA: Neues Oekumenisches Kirchenbündnis**

Für das Jahr 2005 ist in den Vereinigten Staaten von Amerika eine neue Kirchenallianz ins Auge gefasst worden, bis jetzt unter dem Namen: „Christian Churches Together in the USA“. Das Bündnis wird das erste sein, in dem Vertreterinnen der protestantischen, der anglikanischen, der römisch-katholischen, der orthodoxen Kirche sowie der Pfingstler, der Freikirchen sowie der Afro-Amerikanischen Kirchen zusammen arbeiten werden. Es ist das erste Mal in der Geschichte der USA, dass ein solches Bündnis zustande kommen könnte, denn weder die römisch-katholische Kirche als die größte Einzelkirche der USA überhaupt, noch die meisten der Freikirchen und die Pfingstler gehören den amerikanischen Nationalen Kirchenrat an. Pfr. Wesley Granberg-Michaelson, Generalsekretär der Reformed Church in America und Vorsitzender des Vorbereitungskomitees, begrüßte deshalb die neue Initiative als ein ermutigendes Zeichen, das christliche Zeugnis in der Welt zu stärken. Das neue Bündnis soll nicht an die Stelle des Nationalen Kirchenrates treten, aber die 25 beitragswilligen Konfessionen wollen versuchen, die Initiative als Forum für ein weiteres Zusammenwachsen zu etablieren.

### **Europäische Oekumenische Versammlung: Drittes Treffen geplant**

Der Gemeinsame Ausschuss des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ist auf Einladung des Erzbischofs von Oppeln, Mgr. Alfons Nossol, vom 29. Januar bis 1. Februar 2004 in Polen zusammengekommen. Die Tagung begann mit einer intensiven Debatte über die Situation der Oekumene in Europa. Bischof Amédée Grab, Präsident von CCEE, zeigte unter anderem die Herausforderungen auf, die sich für die Kirchen aus einer multireligiösen Gesellschaft und dem europäischen Einigungsprozess ergeben: „Ein politisch vereintes Europa mit getrennten Kirchen wäre unerträglich.“ Der Metropolit Daniel von Moldawien und Bukowina, Mitglied des KEK-Präsidiums, wies auf die in der heutigen Zeit entscheidenden Hindernisse der Oeku-

mene hin: Säkularisierung, religiöser Fundamentalismus und aggressiver Proselytismus der „Sekten“. „Als Geschöpfe Gottes, der Gemeinschaft von drei Personen ist, können wir nur in Gemeinschaft existieren“, unterstrich der Metropolit.

Der Gemeinsame Ausschuss ist ein Zeichen der Hoffnung: Er ist das einzige offizielle Gremium, in dem alle kirchlichen Traditionen Europas vertreten sind. Der Ausschuss soll deshalb im Hinblick auf die „Neugestaltung“ der oekumenischen Strukturen, die zurzeit im Gespräch ist, eine wichtigere Rolle spielen. In diesem Geist hat der Ausschuss mit den Vorbereitungen für die Dritte Europäische Oekumenische Versammlung begonnen.

Die Versammlung soll nicht nur ein einmaliger Anlass, sondern auch ein Prozess sein. Die Kirchen sollen sich während dreier Jahre (2005, 2006, 2007) auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene über das Thema „Christus ist das Licht der Zukunft“ sowie mit der Verantwortung und dem Beitrag der Christen im heutigen Europa auseinandersetzen.

Während dieser Vorbereitungszeit sollen die Kirchen den jeweils anderen christlichen Traditionen Europas begegnen, bereits vorhandene oekumenische Erfahrungen kennen lernen und zum Nachdenken angeregt werden. So wird auch der Prozess der Charta Oecumenica fortgesetzt, die als Rahmendokument den Weg der Dritten Europäischen Versammlung begleiten soll.

In Anschluss an einen Bericht über die Arbeitsergebnisse des CCEE-KEK Ausschusses für die Beziehungen zu Muslimen in Europa, der kürzlich ein Arbeitspapier über den Dialog zwischen Islam und Christentum und das gemeinsame Gebet veröffentlicht hatte, schlug der Ausschuss vor, im Rahmen seines neuen Mandats, das 2005 beginnen würde, angemessen auf die Herausforderungen zu reagieren, die der Islam in Europa mit sich bringt.

Die KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft und ComECE (Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft) berichteten über ihre Arbeitsergebnisse im Hinblick auf den Europäischen Konvent und die europäische Integration. Die Mitglieder der Kommission zeigten sich zufrieden mit der Fassung des Artikels 51, wie sie nun im Entwurf der Europäischen Verfassung steht („zur rechtlichen Anerkennung der Kirchen und der Religionsfreiheit“). Offen bleibt die Frage, weshalb eine Art „Allergie“ dagegen besteht, die historische Präsenz des Christentums als konstituierendes Element der Geschichte des Kontinents anzuerkennen. Was die Kirchen angeht, so ist es wichtig, dass sie gemeinsame Ansatzpunkte zu den Themen finden, die sie heute noch trennen (vor allem im Bereich Ethik und Werte), um einen wirksamen Beitrag zur Zukunft Europas leisten zu können.

## Deutschland: Zweiter Oekumenischer Kirchentag geplant

Der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken beabsichtigen, im Zeitraum 2008 bis 2010 miteinander einen zweiten Oekumenischen Kirchentag zu veranstalten. Präsidiumsdelegationen beider Laienorganisationen stimmten bei einem Treffen Anfang Dezember 2003 in Bonn darin überein, nach dem überwältigenden Erfolg des Oekumenischen Kirchentages 2003 in der deutschen Hauptstadt Berlin künftig in regelmäßigen Abständen gemeinsam zu Oekumenischen Kirchentagen einladen zu wollen. Zugleich wurde betont, dass Katholikentage und Evangelische Kirchentage auch für den oekumenischen Fortschritt in Zukunft notwendig bleiben.

## Brasilien: Kampf dem Hunger

„Gegen Aids und Terrorismus gibt es inzwischen zahlreiche Kampagnen weltweit“, so der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto, der für das Programm „Zero Hunger / Kein Hunger“ seines Staatspräsidenten Luiz Inacio Lula da Silva, am Rande der Eröffnung der Schweizer Fastenaktion 2004. Etwa 3000 Menschen seien dem Anschlag auf das New Yorker World Trade Center zum Opfer gefallen, doch etwa die zehnfache Zahl stirbt täglich an Hunger, rückte er die weltweiten Relationen zurecht.

Betto, der in der Zeit der Militärherrschaft in Brasilien zweimal im Gefängnis saß, wurde vom Lula da Silva, dem ersten Präsidenten Brasiliens, der aus der Arbeiterklasse stammt, im Januar 2003 in sein Team berufen. Betto, seines Zeichens Dominikanerbruder in einer Fraternität in Sao Paolo, zögerte keinen Augenblick, so führte er aus, aus seinem Konvent in die brasilianische Hauptstadt zu ziehen, um an verantwortlicher Stellen im „Anti-Hunger-Programm“ zu arbeiten. „Ich tue das nicht als ein Regierungsbeamter, sondern als ein gewöhnlicher Aktivist“, sagte Betto, dessen bürgerlicher Name Carlos Alberto Libanio Christo lautet. Das Programm, für das er arbeitet, widmet sich einem Problem, da etwa ein Viertel der 182 Millionen Brasilianer betrifft. Mehr als 11 Millionen Familien leben von weniger als 25,- Euro im Monat, sie sollen eine zusätzliche Unterstützung in etwa der gleichen Höhe bekommen. Im Gegenzug sollen die Familienmitglieder, die nicht lesen und/oder schreiben können, dies erlernen, Kinder sollen die Schule besuchen, die Familien sich einem kostenlosen Gesundheits-Check unterziehen; alle sind aufgefordert sich an Gemeinschaftsprogrammen zu beteiligen. „In der Bibel sind das Brot und der Glaube eng miteinander verbunden, und ich glaube an einen Gott, der sagt, er ist das Brot des Lebens“, so Betto, der seit Jahrzehnten zu

den wichtigen Vertretern der Befreiungstheologie und der Basisgemeinschaften gehört. Seine Überzeugungen habe er nicht gewechselt, sagte er, auch wenn er jetzt für ein Regierungsprojekt arbeite. „Ich arbeite weiter für die Armen, und das ist für mich eine pastorale Arbeit; in einer Weise ist dies die politische Version von Jesu Wunder der Brotvermehrung.“

„Das Vaterunser“, so Bruder Betto, beinhaltet zwei Blickrichtungen, „unser Vater und unser Brot. Ich kann Gott nur dann Vater nennen, wenn ich dafür kämpfe, dass Brot nicht nur mir selbst, sondern allen zugänglich ist.“

Im Jahr 2003 haben bereits 3 Millionen Familien und über 2000 Stadt- und Gemeindeverwaltungen von dem Programm profitiert. Inzwischen hat Präsident da Silva vorgeschlagen, ein weltweites Programm dieser Art aufzulegen, das zum Teil aus einer Steuer auf Geldtransaktionen und Waffenhandel finanziert werden könnte.

## Apartheid: Entschädigung von allen Profiteuren gefordert

Der ehemalige anglikanische Erzbischof von Südafrika, Desmond Tutu, hat sich Ärger mit seiner Regierung eingehandelt, weil er die Forderung der Opfer der Apartheid in ihrem Begehren nach massiven Entschädigungszahlungen durch diejenigen unterstützt, die jahrzehntelang durch Geschäfte mit der weißen Herrschaftsclique verdient haben.

Der Südafrikanische Kirchenrat hat sich inzwischen der Forderung von Tutu angeschlossen, der seinerseits in einem achtseitigen Memorandum in ein New Yorker Gerichtsverfahren eingegriffen hat, das entsprechende Opferklagen prüft. Der südafrikanische Justizminister Penuell Maduna hatte seinerzeit die amerikanische Justiz offiziell gebeten, die Sammelklagen von Apartheidopfern gegen internationale Unternehmen abzuweisen, weil sie gegen die Interessen Südafrikas seien. Unterdessen hat das Justizministerium damit begonnen, Opfer der Apartheid mit je 30.000 Rand zu entschädigen, insgesamt sollen 19.000 Personen die Entschädigung erhalten.

## US-Kirchenrat: Kampagne zur Wahlregistrierung

Ca. 12 Millionen Euro gibt der Nationale Kirchenrat der USA (NCC) zusammen mit anderen Gruppen für eine Kampagne aus, an deren Ende sich etwa zwei Millionen Wähler und Wählerinnen mit geringem Einkommen für die im November 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen registriert haben sollen.

Der Generalsekretär des NCC erklärte dazu, es liege im ureigensten Interesse der Amerikaner, eine so hohe Wahlbeteiligung wie nur möglich zu organisieren, sodass eine

wahrhafte Demokratie entsteht, die auch die Bedürfnisse gerade der Armen wahrnehmen könne. Nur 53% der Amerikaner, deren Jahreseinkommen unter 4.000 Euro liegt, seien als Wählende überhaupt registriert, nur 34% dieser Einkommensgruppe hat 2000 an den Wahlen teilgenommen, zugleich sind 82% derjenigen, die mehr als 60.000 Euro verdienen, registriert, 74% haben abgestimmt, als Georg W. Bush zum Präsidenten gewählt wurde: Es gibt also einen klaren Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahlbeteiligung.

Die Argumentation des Kirchenrates ist klar: Nur wenn sich viele Bezieher kleiner Einkommen selbst am politischen Prozess beteiligen, kann die Frage der Armut zu einem Thema der Politik werden.

### Anglikaner: Weiter Protest wegen schwulem Bischof

Unter den US-Anglikanern geht der Protest gegen den ersten offen lebenden homosexuellen Bischof weiter. Inzwischen hat sich eine Gruppe von Gegnern formiert, die eine offizielle Anerkennung als Gruppe sucht und versuchen will, die Kirche „auf den Boden der biblischen Glaubens zurückzuführen“. Von vielen wird diese Initiative als eine Kirche in der Kirche gesehen, die möglicherweise zu einer Kirchenspaltung führen könnte.

### Kanada und USA: Kirchen erhöhen Engagement für gerechten Welthandel

Kirchen in Nordamerika, unter Einschluss von Kanada und Mexiko eine der größten Freihandelszonen der Welt, haben beschlossen, der Frage des gerechten Welthandels mehr Aufmerksamkeit zu schenken. „Wir glauben, dass gegenwärtig die wirtschaftlichen Vereinbarungen, internationale Kreditinstitute und Handels- wie Investitionsverträge z.B. der nordamerikanischen Freihandelsvertrag, in höchst ungerechter Weise die Regeln für Handel und Investitionen zum Vorteil der Reichen und Mächtigen verzerren“, so formulierte eine Zusammenkunft des US-amerikanischen Hilfswerkes Church World Service und des kanadischen Kirchenrates (CCC). Der CCC, in dem die römisch-katholische Kirche Vollmitglied ist, hatte eine zweijährigen Beratungsprozess initiiert, an dem auch Kirchen aus den USA und Mexiko sowie oekumenische Organisationen wie der OeRK teilnahmen. Die Konferenz in Stony Point, New York, erkannte, dass mit dem Wirksamwerden der Freihandelszone die Härten für die Armen nur zunahmen. „Während der technologische Fortschritt einer kleinen Minderheit der Menschheit einen noch nie dagewesenen Wohlstand ermöglicht“, heißt es in der Schlussklärung vom Januar 2004, „werden Milliarden Menschen an den Rand gedrängt, unterdrückt und von

einem lebensförderlichen Wirtschaften ausgeschlossen. Für sie bleibt nur Armut, Hunger, Krankheit, Hoffnungslosigkeit und gar der Tod.“

### Globalisierung: Sexhandel begünstigt

Junge christliche Delegierte, die am Weltsozialforum (WSF) in der indischen Handelsmetropole Mumbai (Bombay) teilnahmen, haben beklagt, dass die Globalisierung die Ausbreitung des Sexhandels begünstige. Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) hatte zusammen mit lokalen und regionalen Kirchenvertretern eine Informationsreise nach Kamathipura organisiert, einem der größten Rotlichtviertel Indiens. Zweck dieser Reise war es, so OeRK-Jugendreferent Freddy Knutsen, den Besuchern und Besucherinnen die Möglichkeit zu geben, „sich ein Bild von den wirklichen Problemen zu machen“.

Kamathipura ist nach den Kamathis, den Migranten aus dem südindischen Staat Andhra Pradesh, benannt. Die erste Gruppe kam 1795 nach Mumbai, und ihr Wohngebiet entwickelte sich nach und nach zum Rotlichtviertel der Stadt. Ende des 19. Jahrhunderts war ihr Schicksal besiegelt. Jedes Jahr landen Hunderte von hilflosen, Not leidenden Frauen aus dem ganzen Land und sogar aus dem benachbarten Nepal in Kamathipura. Einige von ihnen sind Opfer illegalen Sexhandels, und andere sind aus purer wirtschaftlicher Not gekommen.

Überall, wo viele Migranten leben, spritzen Bordelle wie Pilze aus dem Boden, aber Kamathipura hat den Ruf, bereits in der britischen Kolonialzeit ein Prostituiertenviertel gewesen zu sein. Heute locken die rot angelegten Lippen minderjähriger Prostituiertes dubiose Passanten in Zimmer, die bereits voller Kunden sind. Leena Vaidya, eine Sozialarbeiterin, die seit drei Jahren in diesem Bezirk arbeitet, berichtet, dass es bereits einen festen Aktionsplan gibt, der darauf abzielt, Frauen und Kindern ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Aber es werde Zeit brauchen, bis die jahrhundertalten Gewohnheiten überwunden seien.

### Afrika: Kirchen wollen christliche Bank

Afrikanische Kirchenführer prüfen die Gründung einer christlichen Bank für den afrikanischen Kontinent, um die Abhängigkeit ihrer Kirchen von überseeischen Hilfsorganisationen zu verringern. „Eine solche Gründung könnte dazu beitragen, zugängliche und erschwingliche Bankdienstleistungen und Kredite zur Verfügung zu stellen und die ökumenische Bewegung zu befördern. Sie kann auch nichtkirchlichen Sektoren der afrikanischen Wirtschaft helfen“, sagte Bright Mawudor, Finanzdirektor der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC). Nach

seiner Überzeugung ist eine solche Bank angesichts von 120 Millionen Christen und Mitgliedskirchen in 39 Ländern ein realistisches Vorhaben. Der Vorschlag wurde bei einem Treffen des Nationalen Kirchenrates in Kenia mit dem OeRK und anderen Organisationen am 29. Januar 2004 in Nairobi unterbreitet. Den Plan einer eigenen christlichen Bank für Afrika beschrieben viele Teilnehmer als ermutigend. „Wir sind schon so lange von überseeischen Partnern finanziell abhängig gewesen. Doch deren Hilfe kann nicht für immer aufrechterhalten werden“, meinte der Generalsekretär des Christenrates von Mozambique, Pfr. Dinis Matsolo.

### Kuba: Neue orthodoxe Kathedrale

Im historischen Stadtzentrum von Havanna hat der Oekumenische Patriarch Bartholomäus I. im Januar 2004 die Kathedrale St. Nikolaus konsekriert. Die Anwesenheit von Fidel Castro bei der Zeremonie markierte zugleich die Anerkennung der orthodoxen Kirche durch den kubanischen Staat. Dieser hatte auch – „stellvertretend für das kubanische Volk“ – die geschnitzte Ikonostase gestiftet. Der Patriarch sprach bei dieser Gelegenheit von einem historischen Fehler, den die US-Sanktionen gegen Kuba bedeuten.

Die einzige orthodoxe Kirche der Insel – St. Konstantin und St. Helena im Herzen der Altstadt – war 1959 im Zuge der kubanischen Revolution in ein Kindertheater umgewandelt worden. Patriarch Bartholomäus I. wurde bei seiner Ankunft von Castro am Flughafen begrüßt; Bartholomäus ist der erste Oekumenische Patriarch, der je Lateinamerika besucht hat. Die Weihe der neuen Kathedrale war zugleich der erste Kirchenneubau seit der Kubanischen Revolution. Damals wurde das Land offiziell für atheistisch erklärt, diese Verfassungsbestimmung wurde allerdings vor etwa zehn Jahren wieder rückgängig gemacht, selbst die Mitgliedschaft in der kubanischen kommunistischen Partei steht inzwischen Gläubigen (Christinnen und Christen) offen.

### Israel/Palästina: Gewalt ein Zeichen der Verzweiflung

In einer scharfen Erklärung hat der Primas der Anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canturbury, Rowan Williams, sich bei seinem Nahostbesuch gegen den sog. „Sicherheitszaun und gegen die Selbstmordanschläge ausgesprochen. „Der Sicherheitszaun ist ein Symbol der Angst und der Verzweiflung, die jeden bedroht in dieser Stadt und in dieser Gegend, alle Gemeinschaften, die sich dieses Heilige Land teilen“, erklärte Williams in einem Gottesdienst in der St. Georgs-Kathedrale in Ost-Jerusalem.

## Dänemark: Mehr Frauen studieren Theologie

An der Theologischen Fakultät der Universität von Kopenhagen sind 60% der Studierenden Frauen, in Ahaus sogar 80%. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in Schweden erkennen, in Uppsala sind es 68%, in Lund 65%. Diese Entwicklung stößt inzwischen auch auf Kritik, so wie sie der dänische Schriftsteller Bertill Nordahl formulierte, als er bemerkte, wenn ein Geschlecht den ganzen Raum einnehme, verlören beide. Vielleicht sollten einige, die diese Entwicklung aufregt, etwas intergenerativer denken, dann relativierte sich der weibliche „Überhang“ sehr schnell.

## Katholiken und Evangelikale: Gemeinsames Zeugnis

Katholiken wie auch Evangelikale müssten angesichts ihrer bestehenden Gemeinsamkeiten einen Prozess der „Reue und der Umkehr“ beginnen, so der aus Kolumbien stammende Priester Juan Usma Gomez, der im Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen für die Beziehungen zu den Evangelikalen zuständig ist, in der Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“. Katholiken und Evangelikale sollten in den Ländern des Südens nicht als Konkurrenten auftreten, sondern geschwisterlich zusammenarbeiten. Sofern es die religiösen Bedingungen erlaubten, sollten Katholiken und Evangelikale daher im Bekenntnis des Glaubens an Gott und Jesus Christus vor den Völkern zusammenarbeiten, eine Zusammenarbeit, die auch auf sozialem, kulturellem, und wissenschaftlichem Gebiet angestrebt werden sollte. Es genüge aber nicht, bloß zu einem Verhältnis guter Nachbarschaft zu kommen, anzustreben sei die Wiederherstellung der von Christus geschenkten ursprünglichen Einheit der Christen. Das Verhältnis zwischen Katholiken und Evangelikalen sei gerade in den Ländern des Südens oft sehr gespannt, weil es immer wieder vorkomme, dass Evangelikale mit aggressiven Methoden der Glaubensverkündigung auch in traditionell „katholische Gebiete“ eindringen würden.

## Lutheraner: Rückgang in Europa, Wachstum in Afrika

Die weltweite Zahl der Mitglieder lutherischer Kirchen ist in den vergangenen zwei Jahren um rund 570 000 auf knapp 66 Millionen (65 957 685) angestiegen, so die neuesten statistischen Angaben des Lutherischen Weltbundes (LWB). Dies bedeutet einen Zuwachs von knapp 0,9%. Im Jahr 2001 hatten die lutherischen Kirchen weltweit rund 65,4 Millionen Mitglieder, 2000 waren es knapp 64 Millionen. Die 136 LWB-Mitgliedskirchen sowie die elf vom LWB anerkannten Gemeinden und ein vom LWB anerkannter

Kirchenrat verzeichneten im Jahr 2003 rund 62,3 Millionen (62 297 025) Lutheraner-Innen gegenüber rund 61,7 Millionen im Jahr 2001, ein Zuwachs von 592 474 Mitgliedern. Die Zahl der LWB-Mitgliedskirchen hat sich im Jahr 2002 von 133 auf 136 erhöht. 133 Kirchen besitzen die volle Mitgliedschaft, während drei Kirchen assoziierte LWB-Mitgliedskirchen sind. Die Zahl der Lutheraner, die nicht zu einer der LWB-Mitgliedskirchen gehören, ist um rund 22 400 auf 3 660 660 zurückgegangen.

Den mit Abstand stärksten Zuwachs an Mitgliedern verzeichneten im Zeitraum 2001 bis 2003 erneut die lutherischen Kirchen in Afrika. Die größten Zuwächse verzeichnete die Lutherische Kirche Ruandas, die ihre Mitgliederzahl seit ihrem LWB-Beitritt im Jahr 2002 von 7600 auf 17 000 mehr als verdoppelte. Verdoppelt hat ihre Mitgliederzahl auch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Malawi mit jetzt 50 000 Mitgliedern.

Der LWB-Vizepräsident für die Region Afrika, Bischof Dr. Zephania Kameeta von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia, stellt das Wachstum lutherischer Kirchen in Afrika in den Zusammenhang der Veränderungen, die den gesamten Kontinent betreffen. „In der Politik hört man das Schlagwort ‚afrikanische Renaissance‘. Wir in der Kirche verstehen diese Entwicklung wie folgt: ein Wiedererwachen des afrikanischen Geistes, der unter Sklaverei und Kolonialismus niedergeworfen war und die selbstbewusste Übernahme von Eigenverantwortung für unser christliches und biblisches Erbe, das unter äußerst schwierigen Umständen auf uns gekommen ist“, so Kameeta. Er sei sehr froh über das Wachstum lutherischer Kirchen auf dem Kontinent. Nun sei es an Afrika, „der Welt und besonders Europa die christliche Botschaft aus der afrikanischen Perspektive, auf der Grundlage des afrikanischen Glaubens und der afrikanischen Erfahrung zu vermitteln“.

## Oesterreich: Ein großer Oekumeniker ist tot

Franz Kardinal König war viele Jahre Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz und war unter Papst Paul VI. einflussreicher Vertreter einer liberal-gesinnten, offenen Weltkirche. Er galt als Mann des Ausgleichs und war einer der Wegbereiter der Oekumene. Er machte sich einen Namen als ein Vermittler zwischen der katholischen Kirche und Osteuropas. Geboren am 3. August 1905 in Warth (Niederösterreich), studierte er an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. 1933 wurde er zum Priester, 1952 zum Bischof geweiht. Nach seiner Ernennung zum Erzbischof von Wien 1956 wurde er zwei Jahre später von Papst Johannes XXIII. ins Kardinalkollegium berufen und wurde zu einem der führenden Kräfte des II. Vatikanischen Konzils.

Von Anfang an bildeten oekumenische

Kontakte einen Schwerpunkt von Kardinal Königs Wirken. Durch Besuche beim damaligen Ehrenoberhaupt der Orthodoxie, Patriarch Athenagoras von Konstantinopel, beim rumänischen Patriarchen in Bukarest, beim koptischen Patriarchen in Kairo, beim serbischen Patriarchen und zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten wurden entscheidende Kontakte für den Dialog mit den nichtkatholischen Ostkirchen geknüpft. Eine besondere Funktion übernahm dabei die von König 1964 gegründete Stiftung „Pro Oriente“, die vor allem durch ihre internationalen oekumenischen Symposien dem theologischen Gespräch weitreichende Impulse zu geben vermochte. Großes Interesse brachte Kardinal König – auch als Wissenschaftler – den nichtchristlichen Religionen entgegen. 1951 gab er das – zum Standardwerk der vergleichenden Religionswissenschaft gewordene und immer wieder neu aufgelegte – Buch „Christus und die Religionen der Erde“ heraus. 1956 erschien das „Religionswissenschaftliche Wörterbuch“. 1964 leitete er im Rahmen des Eucharistischen Weltkongresses in Bombay das große Religionsgespräch, an dem Vertreter aller Weltreligionen teilnahmen. Auf vielfältige Weise trug Kardinal König zum Dialog der katholischen Kirche mit Judentum und Islam bei.

In Österreich wurde König populär, weil er die seit der Zwischenkriegszeit herrschende tiefe Kluft zwischen Amtskirche und den regierenden Sozialdemokraten überwand und ein Aussöhnung herbeiführte. 1980 reichte er schließlich seinen Rücktritt als Wiener Erzbischof ein, blieb aber bis zu seinem Tod eine moralische Instanz Oesterreichs. Nach seiner Amtszeit in Wien wurde er für fünf Jahre Internationaler Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi.

„Wenn alle Amtsträger der katholischen Kirche die Gesinnung Kardinal Königs hätten, gäbe es nirgendwo die Mutlosigkeit und Resignation, die heute weite Teile der Kirche erfaßt haben“, erklärte die „KirchenVolksbewegung“.

## Pfingstgemeinden: Auf der Suche

Die dänischen Pfingstler bemühen sich um einen neuen Zugang zu Symbolen. Waren sie bislang äußerst zurückhaltend, was Symbole wie den Altar, Kreuze und Kerzen betraf, nähern sie sich neuerdings solchen Symbolen an, die bislang als römisch-katholisch abgelehnt worden waren. „Wir haben solche Symbole verloren“, so Pfr. Rene Ottesen von der größten Pfingstlergemeinde in Kopenhagen, „und deshalb fehlt uns inzwischen ein Haken, an dem wir unseren Glauben aufhängen können. In seiner Gemeinde gibt es in der Sakristei seit Februar eine Meditationsraum, in dem es Ikonen, Wasser, Kerzen und weitere Symbole aus der christlichen Tradition gibt. Diese Symbole geben dem Glauben eine berührbare Dimension.“

## Aus oekumenischen NETZEN

### ► Bayern

#### Verantwortung und Aufbruch

In unserer unruhigen Gegenwart bedarf es guten Durchhaltevermögens, um sich im Dschungel widersprüchlicher Informationen durchzufinden.

Deswegen tut es gut, wenn Unternehmungen gelingen. Das war als Gegenpol zur alljährlichen sog. „Sicherheitskonferenz“ der Fall bei der Vorbereitung und Durchführung der Friedenskonferenz „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!“ (5.–8. Februar 2004) in München, bei der mit vielen Organisationen auch das OeNB mitarbeitete. Fast 600 Menschen drängten sich zum Eröffnungsforum in der Münchner Kreuzkirche mit so prominenten Referenten wie Prof. Hans Dürr und Andreas Zumach; die Diskussionsforen zu Konfliktfällen wie Tschetschenien, Israel, die deutsche Bundeswehr und der europäische Verfassungsentwurf waren gut besucht, ebenso ein interreligiöses Gebet.

Freilich zeigt es sich immer, dass stete Verantwortungsbereitschaft, eigentlich eine Selbstverständlichkeit für einen aufrechten Demokraten, auch dauernde Einmischung verlangt. Sie ist dringend erforderlich vor der Verabschiedung der Europäischen Verfassung. Neben dem fehlenden Gottesbezug muss die Menschen auf dem Konziliären Weg vor allem die Militarisierung (Artikel 40) und der Abbau sozialer Verantwortung aufschrecken. Das OeNB ruft deswegen zu schleunigstem Protest bei der Bundesregierung auf.

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Ost dagegen bedeutet wirklich „Aufbruch“.

Deswegen führt der diesjährige Pilgerweg von OeNB, missio, dem Missionswerk der ELKB und der Franziskaner von Windischeschenbach in der Oberpfalz über die Grenze nach Tachov in Westböhmen, eine echte Grenzüberschreitung! Programmatisch ist auch das Thema „Wege aus der Gewalt – Schritt für Schritt“. Der Termin schließt an alte Traditionen von Bittgängen an, von Christi Himmelfahrt bis zum darauffolgenden Sonntag: **20.–22. Mai 2004**. Die Anmeldung wird bis spätestens **23. April 2004** erbeten bei missio München, dort können auch alle weiteren Auskünfte eingeholt werden (z.Hd. Frau Christine Perreiter, E-Mail: [c.perreiter@missio-muenchen.de](mailto:c.perreiter@missio-muenchen.de)).

Ein weiteres Angebot des OeNB soll den „Aufbruch“ in Verantwortung fördern: Bayern hat die längste Grenze mit der Tschechischen Republik. Dennoch sind die Kontakte nach Böhmen – außer auf dem wirtschaftlichen Sektor – doch noch recht

spärlich. Eine Projektgruppe auf der Grundlage der Charta oecumenica möchte dies ändern. Ob es gelingen wird, hängt wiederum von „Verantwortung und Aufbruch“ ab. Wer mitarbeiten möchte, meldet sich am besten bei Gudrun Schneeweiß oder bei Dr. Wieland Zademach  
Tel.: 0911/5 0094 02.

Oekumenisches Netz Bayern, c/o Gudrun Schneeweiß  
Untere Dorfstr. 36c, 82269 Geltendorf  
Tel.: 08193/999911

### ► Berlin und Brandenburg

#### Nacht der Offenen Kirchen – [www.offenekirchen.de](http://www.offenekirchen.de)

In Berlin und Brandenburg ist es inzwischen schon eine gute Tradition: in der Pfingstnacht öffnen viele Gemeinden aller Konfessionen ihre Kirchentüren und laden ein zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen.

Zum ersten Mal können die Gemeinden sich dieses Jahr nicht nur über das Internet anmelden, sondern auch ihr Programm unter [www.offenekirchen.de](http://www.offenekirchen.de) ins Netz stellen und jederzeit verändern und aktualisieren. Damit haben alle Interessierten die Möglichkeit, sich auch ohne Programmheft (welches es natürlich auch geben wird!) über die Veranstaltungen zu informieren.

In den vergangenen Jahren haben Berliner und Berlin-Besucher die Nacht der Offenen Kirchen rege genutzt.

Den Auftakt der Nacht der Offenen Kirchen bildet der Oekumenische Pfingstweg. Er führt Vertreter der verschiedenen Kirchen und Konfessionen (nach ihren jeweiligen Gottesdiensten) von einem gemeinsamen Treffpunkt zu einer gemeinsamen oekumenischen Andacht, die in diesem Jahr im Französischen Dom stattfinden wird. Nach dieser Andacht ist die Erstaufführung einer Jazz-Messe geplant.

Den Abschluss der Nacht der Offenen Kirchen bildet ein oekumenischer Gottesdienst am Pfingstmontag (der im Rundfunk übertragen werden wird). In diesem Jahr, in dem die westlichen und östlichen Kirchen Ostern und Pfingsten zeitgleich feiern, lädt die koptisch-orthodoxe Kirche nach Berlin-Lichtenberg ein – und hoffentlich viele werden kommen.

Übrigens: Auch am Ostermontag wird in diesem Jahr ein gemeinsamer Ostergottesdienst aller Kirchen des Oekumenischen Rates in Berlin stattfinden.

OeRBB, Gierkeplatz 2–4, 10585 Berlin  
Tel.: 030/3421000

### ► Mittelrhein

#### Nachhaltigkeit

„Aufbruch – anders besser leben“, so heißt die Kampagne der oekumenischen Basisgruppen in Deutschland, zu der wir auch in unserem Netz aufgerufen hatten. Es geht um den persönlichen Lebensstil, mit dem wir für uns und andere ein bekömmliches, (mit) menschliches, friedfertiges und gerechtes Leben gestalten können. Es geht um Nachhaltigkeit: So zu leben, dass auch unsere Kinder und Enkel noch menschenwürdig leben können. In diesem Zusammenhang setzen wir uns mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen auseinander, die uns hier und Menschen weltweit betreffen. Dazu gibt es inzwischen regionale und nationale Foren, an denen wir uns nach Möglichkeit beteiligen.

Dabei haben wir auch die weltweiten Probleme im Blick, so z. B. im Fairen Handel oder im Aktionsbündnis gegen Aids. Jede(r) im Netz ist aufgerufen, das für sie(ihn) Mögliche und Passende auszusuchen und sich zu beteiligen.

Menschen aus unserem Netz sind vielfältig in Kirche(n), Gesellschaft und Politik tätig. Wir wollen das unterstützen und verbinden. „Alles hängt zusammen – alles hängt von uns ab“ (attac).

Weitere Hinweise:

- *Am Sonntag, 6. Mai, 17.30 Uhr bis 21.30 Uhr, feiern wir in Bonn im Haus der Geschichte 25 Jahre Oikokredit.*
- *Am 7. und 8. Mai ist der 10. Kölner Oekumenetag: Oekumene in Köln – Ein Segen für Köln.*
- *Das Ökumenische Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen organisiert und bietet laufend Veranstaltungen an, die bei uns oder unter [www.ofdc.de](http://www.ofdc.de) abzufragen sind.*
- *Das 16. Oekumenische Regionaltreffen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wird mit unserer Beteiligung am Sonntag, 14. November in Ratingen-Homburg stattfinden. Als Leitthema ist „Soziale Gerechtigkeit“ vorgesehen.*

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

c/o Erhard Dischler, Immermannstr. 7

41516 Grevenbroich, Tel.: 02182/2590, Fax: 2745

### ► Westfalen

#### Frauenkritik an wirtschaftlicher Globalisierung

Mechanismen der wirtschaftlichen Globalisierung lernten 21 Frauen bei einer Januartagung in Westfalen kennen. Am Beispiel Tansanias erfuhren sie, welche Auswirkungen die Globalisierung auf Frauen in diesem ostafrikanischen Land hat. Durch Arbeitsgrup-

pen und viele Seitengespräche fanden die Teilnehmerinnen zu eigenen Handlungsschritten, der Globalisierung im Alltag zu begegnen.

Astrid Kraus von attac Deutschland führte in das Schwerpunktthema ein. Dabei warnte sie davor, in den gegenwärtigen Diskussionen um die Zusammenhänge der Globalisierung die spezifischen Perspektiven von Frauen in der Genderdebatte aufgehen zu lassen. In der Bibelarbeit, die Martina Gerlach gestaltete, fanden die Frauen in der Auseinandersetzung mit einer Geschichte aus dem Erzählkreis um den Propheten Elisa zu eigenen Lösungsansätzen, wie eine Frau in großer Finanznot ihre Situation nach dem Eingreifen des Propheten verändern könnte. Dabei kombinierten die Frauen der Gruppe ihr Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und bibelkundliche Grundlagen mit ihrer Lebenserfahrung – und staunten beim Austausch über die Vielfalt der von ihnen gefundenen Möglichkeiten, inmitten der Solidarität von Frauen das eigene Leben zu sichern. Judith Bukambu, die in Tansania mit Aids-Waisen arbeitet, berichtete über Lebensstrukturen, die sich in Tansania mit der Globalisierung verändert haben. Den positiven Aspekten, z. B. Netzwerke der Information besser nutzen zu können, stellte Judith Bukambu die vermehrte Arbeitslosigkeit, die Verteuerung von Medikamenten und die Verschlechterung von Arbeitsrecht und Umweltschutz gegenüber. Das besondere Problemfeld Aids und die Versuche, mit der und gegen die Krankheit zu leben, vertiefte sie im weiteren Verlauf der Tagung in einer Arbeitsgruppe. Besonders beeindruckten ihr großer persönlicher Einsatz, ihre lebensbejahende Ausstrahlung und ihre Begeisterungsfähigkeit die Teilnehmerinnen. Ulrike Chini von Oikocredit betonte die Kreditwürdigkeit und Verlässlichkeit von Frauen. Weniger als ein Prozent der Frauen, denen Oikocredit einen Kredit gewährt, zahlen diesen nicht zurück. Die Teilnehmerinnen staunten darüber, wie kleine Kreditsummen Frauen dazu helfen können, sich aus unterdrückenden Strukturen zu lösen und selbst Verantwortung für ihr Leben wahrzunehmen. Mit einer Salbungsandacht und einem persönlich zugesprochenen Segen verabschiedeten sich die Frauen voneinander – mit der Erfahrung weltweiter Verbundenheit in der Oekumene, vielen neuen Handlungsmöglichkeiten und konkreter gegenseitiger Bestärkung.

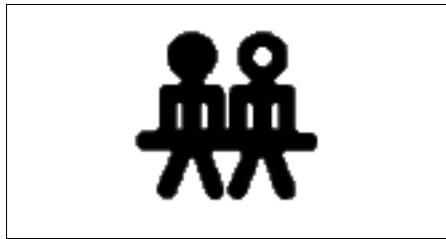
Evangelische Frauenhilfe in Westfalen e.V.

Katja Jochum, Feldmühlenweg 19, 59494 Soest

Tel.: 0 29 21 / 37 12 04

## Aus Gruppen und Bewegungen

### ► Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt



#### Frauen verändern ihre Welt

Die Stärkung von Frauen und ihrer Rechte ist im Jahr 2004 der Schwerpunkt der Arbeit der ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt. Rechtzeitig zum Internationalen Frauentag ging die ASW mit einer neuen Internet-Seite online. Sie kann aufgerufen werden unter [www.frauen.aswnet.de](http://www.frauen.aswnet.de).

Die Förderung der Rechte von Frauen ist schon seit fast 20 Jahren einer der Schwerpunkte der ASW. In dieser Zeit hat sich die rechtliche Stellung von Frauen in vielen Ländern verbessert. Aber es gab auch Rückschläge. Auf der Südhalbkugel sind insbesondere Frauen von Armut betroffen und struktureller und konkreter Gewalt ausgesetzt. Aufgrund der Privatisierung von Dienstleistungen und der neoliberalen Ausrichtung vieler Ökonomien arbeiten sie noch mehr für das Überleben ihrer Familien. Damit bleibt ihnen auch weniger Kraft, ihre Teilhabe an Entscheidungen durchzusetzen.

Dennoch gibt es zahlreiche Initiativen mutiger Frauen, die sich gegen Gewalt wehren, bessere Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten einfordern und sich gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen erstreiten. Wer Näheres über solche Initiativen in Brasilien, Indien, Afrika und in Deutschland erfahren möchte, wendet sich an die ASW, Hedemannstr. 14, 10969 Berlin  
Tel.: 0 30 / 25 94 08 01, [mail@ASWnet.de](mailto:mail@ASWnet.de)

### ► Friedensbewegung

#### Für eine zivile Verfassung Europas

Im Juli 2003 legte der Europäische Konvent den Entwurf eines Vertrages über eine „Verfassung für Europa“ vor. Eine öffentliche Diskussion über die Inhalte dieses Verfassungsentwurfes fand mit Ausnahme des anhaltenden Streites über die Stimmenverhältnisse in den Gremien der EU nicht statt.

Für die meisten Bürger EU-Europas wird nach den Vorstellungen der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die nächste Europawahl im Juni 2004 die einzige Gelegenheit sein, sich zu dem Verfassungsentwurf politisch zu verhalten. Nach den Vorstellungen der Regierungen werden die Europäischen Regierungschefs in der zweiten Hälfte dieses Jahres ihren Völkern eine Verfassung geben. Im vorgestellten Verfassungsentwurf verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der EU – zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ (Art. III-210), etwa durch die 60 000 Mann starke schnelle Eingreiftruppe;

– zu militärischen „Missionen ... zur Bekämpfung des Terrorismus ... unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ (Art. III-210);

– und dazu, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-40), unter anderen durch die Schaffung eines besonders von der europäischen Rüstungsindustrie gewünschten „Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“;

– „Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat“ (Art. I-40; III-205). Das EU-Parlament ist von jeder Mitsprache und Mitentscheidung ausgeschlossen. Es ist lediglich regelmäßig auf dem Laufenden zu halten und anzuhören;

– Eine gerichtliche Kontrolle von Beschlüssen im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik durch den Europäischen Gerichtshof ist qua Verfassung ausgeschlossen (Art. III-282);

– Ein Recht auf die Verweigerung von Kriegsdiensten wird lediglich im Rahmen und nach Maßgabe der nationalen Rechte eingeräumt (Art. II-10).

Die Friedensbewegung erkennt in diesem Entwurf im Wesentlichen eine verfassungsrechtliche Festschreibung einer bereits seit Jahren betriebenen Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft. Mit diesen Strukturen bei der Entscheidungsfindung im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik würde sich die Europäischen Union von den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie und rechtsstaatlicher Kontrolle verabschieden. Auch wenn der Bundestag formal noch selbst über den Einsatz der Bundeswehr entscheiden würde, so wäre die Entscheidung in der Regel durch die Entscheidung des Ministerrats vorgeprägt und damit sachlich ausgehöhlt.

Deshalb erteilt die Friedensbewegung diesem Verfassungsentwurf eine entschiedene Absage.

Andererseits begründet der Verfassungsentwurf eine Verpflichtung der Union auf die Förderung des Friedens (Art. I-3 Abs. 1). Die Union kann im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch auf zivile Mittel zurückgreifen, und

zwar „zur Friedenssicherung, Konfliktbearbeitung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“.

Die Friedensbewegung fordert anstelle einer Militarisierung der europäischen Politik ein konsequentes Bekenntnis der Union zur zivilen Konfliktbearbeitung und die Bereitstellung der Mittel hierfür.

Weitere Informationen bei DFG-VK

Gruppe Frankfurt/M., Mühlgasse 13

60486 Frankfurt/M., Tel.: 0 69 / 4 98 03 94

dfgkffm@t-online.de

## Der EU-Verfassungsentwurf – Was steht drin?

**Art. 10(1):** „Die Verfassung (der EU) und das von den Organen der Union in Ausübung der ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten.“

**Art. 15(1):** „Die Zuständigkeit der Union im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik ... einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.“

**Art. 39(2+7):** „Der Europäische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fest. Der (Außen-)Ministerrat gestaltet diese Politik im Rahmen der vom Europäischen Rat festgesetzten strategischen Interessen ... Im Bereich der GASP erlassen der Europäische Rat und der Ministerrat ... Beschlüsse einstimmig.“

**Art. 39(6):** „Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten ... der GASP regelmäßig gehört und über die Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.“

**Art. 40,(1+2):** „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ... sichert der Union die auf zivile und militärische Mittel zu Operationen gestützte Fähigkeit ... bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Vereinten Nationen ... Die Politik der Union ist vereinbar mit der (von der NATO) festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

**Art. 40(3):** „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern.“

**Art. 40(4):** „Beschlüsse über die Einleitung einer Mission werden vom Ministerrat einstimmig auf Vorschlag des Außenministers der Union oder eines Mitgliedstaates erlassen.“

**Art. 210(1):** Die in Artikel 40(1) vorgesehenen Missionen ... umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit all diesen Maßnahmen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, ... auch durch die Unterstützung für Drittländer bei ihrer Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“

**Art. 213(1+3):** „Mitgliedstaaten, die ... im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen festere Verpflichtungen ... eingehen wollen, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit ... Wenn der Ministerrat die Europäischen Beschlüsse über den Gegenstand der strukturierten Zusammenarbeit erlässt, nehmen nur die Mitglieder ..., die ... beteiligte Mitgliedstaaten vertreten, an den Beratungen und an der Abstimmung über die Beschlüsse teil.“

Zusammengestellt von Dr. S. Widmann, Salach

Der vollständige Text der EU-Verfassung findet sich unter [www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int)

## ► Versöhnungsbund



### Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie

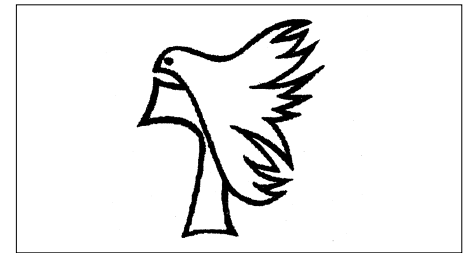
Die Frage nach Krieg und Frieden, nach der angemessenen Haltung der Christen zum Mittel der (tötenden) Gewalt treibt die christliche Theologie, die christlichen Kirchen seit den ersten Jahrhunderten um. Eine rein theologisch argumentierende Position, die in der Konsequenz oft zu einer Haltung christlicher Gewaltlosigkeit geführt hat, stellt in der bisherigen Theologie- wie Kirchengeschichte eine Minderheitenposition dar. Nicht zuletzt deshalb ist es ja auch zur Entstehung des Versöhnungsbundes gekommen. Wesentliche Werke des friedentheologischen

Traditionsstranges sind weithin unbekannt und unzugänglich. Das ändert sich nun. Mit der „Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie“ werden verschiedene grundlegende friedentheologische Arbeiten mit Hilfe einer Literatur-CD zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder allgemein zugänglich gemacht. Der Schwerpunkt der auf der CD versammelten Bücher liegt auf Werken des 20. Jahrhunderts (Fr. M. Stratmann OP, J. Lasserre, M. Hengel, H. Goss-Mayr u.a.); aufgenommen wurden daneben aber auch einige Schriften aus dem gewaltfreien linken Flügel der Reformation (Sattler, Denk u.a.). Mit der Aufnahme von protestantischen, katholischen und friedenskirchlichen theologischen Arbeiten auf einer CD mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Textaufarbeitung ist eine Bibliothek entstanden, wie es sie so noch nie gegeben hat.

Die CD erscheint in der Reihe „Digitale Bibliothek“ 19,90 Euro

Bezug: Bundesgeschäftsstelle des Versöhnungsbundes  
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden; Tel.: 05 71 / 85 08 75  
Fax: 8 29 23 87, [versoehnungsbund@t-online.de](mailto:versoehnungsbund@t-online.de)

## ► Oekumenischer Dienst/ Schalomdiakonot



### „Pilgern zwischen Segen und Fluch“

Der Oekumenische Dienst Schalomdiakonot (OeD) verantwortet vom **10. bis 20. Juli** einen ca. 120 Kilometer langen Pilgerweg von Diemelstadt-Wethen nach Bebra-Imshausen. Zu Fuß berühren wir Orte, die sonst in der Eile überflogen werden. Am Sonntag, dem 11. Juli wollen wir nach einem Gottesdienst losgehen. Die Ankunft ist für den 20. Juli 2004, den 60. Gedenktag des Widerstands gegen die deutsche nationalsozialistische Diktatur, zur Feier am Gedenkkreuz Adam von Trotts in Bebra-Imshausen geplant. Dazwischen wird Zeit sein für Stille und für öffentliche Präsenz an verschiedenen Orten, die einerseits „Segen“, andererseits auch „Fluch“ für unsere Welt symbolisieren. Wir werden Gastfreundschaft und Stärkung erfahren sowohl in Häusern von christlichen Gemeinden und Gemeinschaften als auch in einer Moschee.

Oekumenischer Dienst, Christian Garve, Mittelstr. 4  
34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 0 56 94 / 80 33  
[Christian.Garve@schalomdiakonot.de](mailto:Christian.Garve@schalomdiakonot.de)  
[www.schalomdiakonot.de](http://www.schalomdiakonot.de)





aufgabe“, auf die sich die teilnehmenden Nationen beim „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“ 2002 in Johannesburg verpflichtet haben: Einen Zehn-Jahres-Aktionsplan zu erstellen und umzusetzen zur Veränderung nicht nachhaltiger Konsumgewohnheiten und Produktionsmuster.

Welche Fragen stellen sich heute „auf dem Weg zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen“ und vor dem Hintergrund des Engagements der ÖIEW für einen nachhaltigen Lebensstil (etwa in Gestalt der neuen Initiative „anders besser leben“) und als deutsche Koordinierungsstelle der Erd-Charta-Initiative für eine Ethik nachhaltiger Entwicklung? Wie könnte eine „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ aussehen? Zum Austausch über diese Fragen sind nicht nur Mitglieder und Unterzeichner der ÖIEW herzlich eingeladen! Helfen wird uns bei ihrer Beantwortung als Referent Dr. Hans Diefenbacher, wissenschaftlicher Referent für Ökonomie an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Heidelberg und Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland.

ÖIEW, Mittelstr. 4, 34474 Diemeltstadt-Wethen

Tel.: 05694/1417, info@oeciew.de

## ► Regiogeld

### „Regio ergänzt Euro“

Wie aus einem Gutscheine-Netzwerk Schritt für Schritt ein echtes regionales Zahlungsmittel entsteht zeigte der diesjährige Regiogeld-Kongress in Prien/Chiemgau. 240 Personen nahmen teil, doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Ein Team rund um den Waldorfler Christian Gelleri erläuterte das Ziel: die Förderung der regionalen Wirtschaftskraft durch die Anregung und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsringe. Noch werden die von dem Schülerunternehmen Chiemgauer Service herausgegebenen Chiemgauer Gutscheine meist wieder in Euro zurückgetauscht, doch haben sich bereits zwei richtige Wirtschaftskreisläufe im landwirtschaftlichen Bereich gebildet. Bereits sieben Einzelhändler können ihre Lieferanten mit Chiemgauern bezahlen und auch diese bleiben nicht auf dem Gutscheine sitzen, sondern bezahlen ihrerseits wieder ihre Lieferanten. So bezahlt eine Käserei die zuliefernden Schäfer und diese kaufen in den regionalen Geschäften wieder ein. Die technischen und rechtlichen Grenzen des Gutscheine-Systems werden in Kürze durch ein elektronisches Verbuchungssystem überwunden. Mehrere Banken und Kartenbetreiber kooperieren bereits mit der Initiative.

Christoph Strawe, Stuttgart, betonte in seinem Referat „Globalisierung gestalten“, dass man nicht dabei stehen bleiben dürfe, die sich zuspitzenden Tendenzen eines ein-

seitigen Bush-Globalismus zu kritisieren, jeder habe es in der Region in der Hand, die Region demokratisch mitzugestalten. Globales Denken müsse mit dem regionalen Handeln einhergehen. Das Interesse aus Ungarn, Polen, Kanada, Südamerika, Russland, China und den USA zeige die Brisanz des Themas „Regiogeld“, das nicht als Nischenprodukt oder Insellösung missverstanden werden dürfe, sondern in einer Balance zwischen Globalisierung und Regionalisierung gesehen werden müsse. Die richtige Mischung aus Offenheit für globale Ideen und Kulturen und der Bodenständigkeit und Verwurzelung der Region sei ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Nicht das „Immer mehr, immer größer, immer weiter“ darf das Bewusstseinsziel der Menschen sein, sondern ein inneres und äußeres Gleichgewicht als Grundlage einer stetigen Weiterentwicklung.

Prof. Dr. Margrit Kennedy stellte ihr Buch „Regionalwährungen – Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wohlstand“ vor. Die Vision eines Europa der Regionen kam darin ebenso deutlich zum Ausdruck wie umsetzbare Bausteine bei der Verwirklichung der Vision wie zum Beispiel dem Chiemgauer oder Beispiele ethischen Sparens und Investierens in der Region. Die rechtliche Seite des Regionalwährungsprojekts beleuchtete Dr. Hugo Godschalk aus Frankfurt/M. In einem erstmals auf dem Kongress öffentlich vorgestellten Rechtsgutachten legte Godschalk dar, dass es in Deutschland legale Möglichkeiten zum Betrieb von Regionalwährungen im größeren Umfang gibt. In einer Sparkasse im Osten Deutschlands wird dieser Tage auf Basis dieses Rechtsgutachtens die Entwicklung einer bankbasierten Regionalwährung beschlossen. Auch das Chiemgauer-Projekt wird bereits von einer Bank intensiv begleitet, und es entstehen immer mehr Kontakte zu regionalen Banken. „Für unsere Banken in der Region eröffnet sich über den Chiemgauer ein neuartiges Marketing-Instrument, vielleicht sogar in ein paar Jahren ein Bankprodukt, sozusagen das Regiokonto als selbstverständliche Einrichtung neben Spar- und Girokonten“, erklärt dazu Christian Gelleri. Das leidige Thema ewig knapper Finanzen könnte über kreative neue Ideen durch die Region selbst gelöst werden, so „wie sich Münchhausen an den eigenen Haaren aus dem Sumpf herausgezogen hat“, fügt Gelleri hinzu.

Spannend wurde es am Nachmittag als erstmals Unternehmer, Vereine, Kunden, Chiemgauer-Herausgeber und Experten in einem Podiumsgespräch miteinander diskutierten. Als dringlichste Aufgabe wurde die Schließung und Erweiterung regionaler Kreisläufe erkannt: „Der Chiemgauer bewährt sich dann, wenn es gelingt, umweltfreundliche Produktinnovationen wie zum Beispiel das regionale Pflanzenöl zu etablieren. Wenn die Leute merken, da entsteht Wertschöpfung aus der Region für die Region, dann setzt sich die Idee durch.“

Umständlich sei der Gutscheine, bemerkte ein Vereinsvertreter, aber ein bisschen Idealismus könne schon verlangt werden, und außerdem sei ja eine äußerst einfache elektronische Lösung in Reichweite. Wenn der Gutscheine von den Leuten angenommen werde, lohne es sich natürlich auch, die Idee technisch weiter zu entwickeln und in höhere Umsatzbereiche einzusteigen.

Joachim Sikora, Direktor des Katholisch Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln, referierte über Visionen und Leitbilder für das 21. Jahrhundert. Die Krise der Gesellschaft könne nur überwunden werden mit konkreten Visionen wie zum Beispiel dem Regiogeld, so sein Fazit.

Ein Teilnehmer fügte im Abschlussplenum hinzu: „Wir brauchen den Euro für das europäische Bewusstsein und den Regio für das regionale Bewusstsein, das ist doch ein starkes Gespann.“

Weitere Informationen im Internet unter [www.chiemgau-regional.de](http://www.chiemgau-regional.de)

## ► Attac-Projektgruppe „Globalisierung und Religion“

### Kirchen sollen für ein solidarisches Europa eintreten

In einem Brief an die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) Metropolit Jérémie, Postfach 2100, 150, route de Ferney, CH-1211 Genf 2 und an den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Gallustrasse 24, CH-9000 St. Gallen, bitten engagierte ChristInnen um kritische Befassung mit dem Verfassungsentwurf der EU. In dem Schreiben heißt es: „Der durch den Europäischen Konvent angefertigte Entwurf einer „Verfassung für Europa“ enthält Abschnitte über eine gemeinsame Handelspolitik, welche den sozialen Frieden der sich neu formierenden und erweiterten Europäischen Union ernstlich bedrohen (EU-Verfassungsentwurf Band II, Titel V, Kapitel III „Gemeinsame Handelspolitik“, Artikel 26, 211, 212). Diese Bedrohung liegt darin, dass in den Sachbereichen dieser Abschnitte die soziale Verantwortung der einzelnen europäischen Staaten und ihrer Bürger aufgehoben wird durch eine verfassungsmäßige Legitimation der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.“

Die Kritik an den Privatisierungstendenzen des EU-Verfassungsentwurfes findet in den diesem Brief beigegebenen Anlagen ihre nähere Begründung. Stichwortartig zusammengefasst besteht unsere Kritik an diesen Tendenzen in den folgenden Beurteilungen:

1. Sie tragen bei zu einer weiteren tiefen Spaltung der Gesellschaft in und zwischen den europäischen Ländern.

2. Sie schalten in wichtigen Bereichen die gemeinsame, demokratisch wahrgenommene Verantwortung für soziale Gerechtigkeit aus. Eine verstärkte Politikverdrossenheit und Politikabstinenz der Bürger ist die Folge.
3. Sie stehen in krassem Widerspruch zu den menschenrechtlichen Grundsätzen, die mit den Texten der Präambel und der Grundrechtecharta in den EU-Verfassungsentwurf aufgenommen wurden.
4. Sie erschweren in unerträglicher Weise das soziale Engagement aller freien, auch der kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen und Initiativen.
5. Sie tragen bei zu einer verstärkten Unzufriedenheit und zu aggressiven Auseinandersetzungen in den Gesellschaften der Europäischen Länder. Auch begünstigen sie ein Anwachsen von Gewalt und eine weitere Militarisierung der internationalen Politik mit all ihren verheerenden Folgen.

[...] Helfen Sie mit, dass die soziale Unverträglichkeit von Privatisierungen öffentlicher Dienste im Raum der Kirchen Europas entschiedenen Widerstand findet. Auch bitten wir Sie, darum besorgt zu sein, dass die Forderungen nach Volksentscheiden über die EU-Verfassung ebenfalls eine kräftige Unterstützung durch die europäischen Kirchen finden. [...]

Attac-Projektgruppe „Globalisierung und Religion“

Stuttgart, Im Auftrag: Siegfried Böhringer

Rötenbachweg 50, 72202 Nagold

Tel./Fax: 074 52 / 4918, Siegfried.Boehringer@gmx.de

### Europa von unten bauen

Attac veranstaltet vom **4.-6. Juni 2004** eine EU-Konferenz in Berlin unter dem Motto „Europa von unten“ statt. Veranstaltungsort ist das Umweltforum Berlin, eine zu einem Kongresszentrum umgebaute Kirche.

Neben Attac haben bereits zahlreiche Gewerkschaften, Umweltverbände und Organisationen aus der Friedensbewegung und der Erwerbslosenbewegung ihre Teilnahme zugesagt.

Die EU-Konferenz wird am Freitag Abend mit einer großen Podiumsdiskussion beginnen, Samstag und Sonntag findet dann die Arbeit im Open-Space statt. Anders als bei herkömmlichen Kongressen gibt es keinen Frontalunterricht, sondern die TeilnehmerInnen stehen im Mittelpunkt. Ihre Anliegen bestimmen das Programm. Auf Grundlage ihrer Themenvorschläge werden Arbeitsgruppen gebildet.

Kontakt über Stephan Lindner

eu-ag@attac.de, www.attac.de/eu-ag/

### Landeskirchliche Friedensausschüsse: Für eine europäische Friedenspolitik

Die 24. Friedenskonsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und christlichen Friedensdienste hat sich vom 9. bis 11. Februar 2004 in Berlin mit der vom Euro-

päischen Rat beschlossenen „Europäischen Sicherheitsstrategie“ und dem Entwurf für eine künftige Verfassung der Europäischen Union befasst:

„Ziel der Union ist es, den Frieden ... zu fördern.“ So legt es die künftige Verfassung der EU fest. Damit bleibt sie dem Ansatz treu, mit dem nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs die europäische Einigung begann: Frieden zu schaffen durch gegenseitige Achtung, Verflechtung, Verpflichtung und mit Hilfe wirtschaftlicher Kooperation statt der bisherigen machtpolitischen Konkurrenz und militärischen Konfrontation.

Wir protestieren aber dagegen, dass unter dem Diktat eines neuen, globalen Sicherheitsverständnisses dieser europäische Weg verlassen und ein anderes Europa geschaffen wird, das wieder auf militärische Stärke baut. Mit den militärpolitischen Verpflichtungen und Bestimmungen des vorliegenden Verfassungsentwurfs findet die „Europäische Sicherheitsstrategie“ ihren Niederschlag in der Verfassung. Damit wird der Weg zu einer militärgestützten europäischen Machtpolitik geöffnet, die den eigenen friedenspolitischen Zielen widerspricht.

Deshalb fordern wir:

- Die Mitgliedstaaten der EU haben sich mit der Unterzeichnung der UN-Charta, der Charta von Paris sowie den europäischen Gründungsurkunden zu einer Politik der Gewaltfreiheit und Förderung des Friedens verpflichtet. Die entsprechenden Bestimmungen und Verpflichtungen dieser Verträge sind ohne Abstriche einzuhalten.
- Die neue EU-Verfassung sollte eindeutig den Primat gewaltfreier, ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung festlegen und klarstellen, dass Krieg kein Mittel einer nachhaltigen Politik sein kann.
- Die in Artikel I-40 vorgesehene Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten muss aus der Verfassung gestrichen werden. Statt des vorgesehenen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten braucht Europa ein mit Kompetenz ausgestattetes Amt für Rüstungskontrolle, Abrüstung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

Wir fordern einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs über die neue Verfassung. In dem EU-Verfassungsentwurf fehlen wichtige Mindeststandards demokratischer Meinungs- und Entscheidungsfindung, selbst in Fragen von Krieg und Frieden. Zudem sehen wir erheblichen Änderungsbedarf in den sozialpolitischen Festlegungen.

Wir appellieren an die leitenden Organe unserer Kirchen, sich zusammen mit den anderen europäischen Kirchen bei den politischen Verantwortungsträgern dafür einzusetzen, dass der Verfassungsentwurf noch einmal einer genauen Prüfung unterzogen und in den entsprechenden Bestimmungen geändert wird.

Wir fordern Kirchengemeinden und kirchliche Institutionen auf, diese Themen breit

zu diskutieren und ihre Abgeordneten mit der Forderung nach einer nichtmilitärischen Friedenspolitik zu konfrontieren.

*Berlin, den 11. Februar 2004*

(Diese Resolution ist einmütig angenommen worden.)

### ► Plädoyer für eine Europäische Zukunft

#### Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten für das Europa-Parlament (Wahlprüfsteine zur Europawahl im Juni 2004 )

Das Plädoyer für eine Europäische Zukunft entwickelte Fragen aus dem Kontext des gemeinsamen Lernwegs von Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung an die Kandidaten bei der bevorstehenden Europa-Wahl. Die Hauptfragen lauten:

- Was werden Sie tun, damit die europäische Sozialpolitik ein größeres Gewicht bekommt?
- Welche Wege und Möglichkeiten sehen Sie, dass Friedenssicherung, Armutsbekämpfung und sozialer Ausgleich in der EU und weltweit umgesetzt werden? Welche Schritte sind notwendig?
- Wie kann in der EU das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden?
- Welche Strukturen sind auszubauen, um Bürgerinnen und Bürgern und NRO's mehr Einfluss und Mitbestimmung zu ermöglichen?
- Welche Vorstellungen haben Sie im Blick auf die notwendige Reform der Agrarpolitik: von der industriellen zur ökologischen und biologischen Produktion von Lebensmitteln? - Was sieht für Sie fairer Handel mit Agrarprodukten aus?

Wie stehen Sie zu folgenden Forderungen:

- Zivile Konfliktlösungen statt Aufrüstung und militärische Interventionen! Wir lehnen den Primat der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ab.
- Mehr Aufmerksamkeit für die Umweltpolitik.
- Gesetzliche Maßnahmen und Kontrollen zum Stopp des Abflusses von Geldern in die sog. Steuerparadiese.
- Mehr Aufmerksamkeit für Minderheiten, insbesondere für die Roma.
- Das EU-Parlament muss größere gesetzgebende Kompetenz sowie das Recht, Steuern zu erheben, erhalten. Die Kontrollrechte über die EU-Kommission sind zu verstärken.
- Wohlfahrtseinrichtungen dürfen nicht dem internationalen Wettbewerb geöffnet werden.

Plädoyer für eine Oekumenische Zukunft

Werner Gebert, Stauffenbergstr. 11, 72074 Tübingen

Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 074 73 / 95 98 98

euw.gebert@t-online.de

## Oekumenische Netze im konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST wird von den unten aufgeführten Netzen unterstützt.

### Baden

#### Oekumenisches Netz Baden

Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10  
D-79331 Teningen-Heimbach  
Tel.: 0 76 41 / 57 32 80 (p)  
Tel.: 0 76 41 / 4 13 35 (d)

### Bayern

#### Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg  
Mühlbachweg 13  
D-90559 Burgthann  
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

### Berlin

#### Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Ökumenisch-Missionarisches Institut  
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin  
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00  
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

### INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin  
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11  
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

### Bremen

#### Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche  
Hollerallee 75, D-28209 Bremen  
Tel.: 0 4 21 / 3 46 15-36  
Fax: 0 4 21 / 3 46 15-38

### Hamburg

#### Solidarische Kirche in Nordelbien

c/o Ekke Fetkötter, Porrendeich 6  
D-25889 Uelvesbüll  
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 0 4

### Hessen

#### Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Pfr. Reiner Weiß  
Obere Sommerbachstr. 8  
D-34225 Baunatal  
Tel.: 0 56 01 / 84 35

### Niedersachsen

#### Oekumenisches Netz in Niedersachsen

Gerhild Kramer, Wellenserstr. 14  
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

### Oldenburg

#### Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg  
Tel./Fax: 0 4 41 / 2 48 95 24

### Pfalz

#### Arbeitsstelle Friedensdienst der

Ev. Kirche der Pfalz  
Referat Konziliarer Prozess  
Eberhard Dittus

Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer  
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17  
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

### Rheinhausen

#### Oekumenisches Forum

Rheinhessischer  
Aktionsgruppen  
Gossner Mission, Albert-  
Schweitzer-Str. 113-115  
D-55128 Mainz  
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

#### Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück- Westerwald

#### Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1  
D-56564 Neuwied  
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40  
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

### Rheinland

#### Oekumenischer Trägerkreis Rheinland

c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7  
D-53721 Siegburg  
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01  
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

#### Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler  
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich  
Tel.: 0 21 82 / 25 90, Fax: 0 21 82 / 27 45

#### Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft  
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9  
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr  
Tel.: 0 20 8 / 59 30 23

#### Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

### Sachsen-Anhalt

#### Arbeitsstelle Eine Welt

Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0 39 1 / 53 46-4 93  
Fax: 0 39 1 / 53 46-4 90

### Westfalen

#### Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35  
D-44135 Dortmund  
Tel.: 0 23 1 / 54 09-73  
Fax: 0 23 1 / 54 09-21

#### Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26  
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

### Württemberg

#### Oekumenisches Netz Württemberg

Johanna Moltmann-Hermann  
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach  
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST  
c/o GEP • Postfach 50 05 50 • 60394 Frankfurt am Main  
<http://www.ecunet.de>

## Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

**Stiftung Oekumene**  
**Konto 100 008**  
**BLZ 500 502 01**  
**bei der Frankfurter Sparkasse**

## IMPRESSUM

### OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

#### Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.  
Kuratorium: Joachim Garstecki, Werner Gebert, Annette Groth, Paulander Hausmann, Jens Junginger, Paul Löffler, Christa Springe, Edda Stelck, Ulrich Schmittenner (Vorsitz), Breitscheidstr. 92 70176 Stuttgart.

#### Redaktion:

Postfach 50 01 13, 60391 Frankfurt/Main

#### Mitarbeiter:

Pfr. Ulrich Schmittenner (Gesamtredaktion)  
Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart  
Tel.: 0 71 1 / 2 26 56 90, Fax: 0 71 1 / 2 26 56 93;  
Rainer Zimmer-Winkel (Oekumene)  
Karl-Marx-Str. 150, 12043 Berlin  
Tel.: 0 30 / 68 80 92 36; Dr. Reinhard Voss  
Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel

#### Gestaltung:

Karl H. Thiel, Frankfurt/Main

#### Bezug:

Einzelheft: 3 Euro pro Exemplar;  
im Einzelabonnement: 10 Euro pro Jahr

#### Bestellungen an:

GEP, Vertrieb, Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
Konto: Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 826

#### Hinweis:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland, EED/ABP.